



Ursula Mathern

Bachstr. 24

55627 Merxheim

urs.math@gmx.net

Deutscher Gewerkschaftsbund

Bundesvorstand

Frau Yasmin Fahimi

Henriette-Herz-Platz 2

10178 Berlin

Matthias.Genchi@dgb.de;

Offener Brief: Bestimmt das Sein das Bewusstsein, oder lassen Grenzen sich auch überschreiten?

Sehr geehrte Frau Fahimi,

im Spiegel vom 29.12.2022 war zu lesen: „DGB-Chefin Yasmin Fahimi hat wegen der andauernden Energiepreiskrise vor dem Abbau zahlreicher Arbeitsplätze in Deutschland im neuen Jahr gewarnt...Die Gewerkschaftschefin kritisierte, dass in Unternehmen nach den beschlossenen Energiepreisbremsen bei Zuwendungen über 50 Millionen Euro keinerlei Boni und Dividenden mehr gezahlt werden dürfen.

Unternehmen könnten die staatliche Unterstützung nicht annehmen, wenn sie an Dividendenzusagen gebunden seien oder neues Kapital für Investitionen benötigen.

»Das sind die normalen Mechanismen der Marktwirtschaft«, sagte Fahimi. »Es mag ja sein, dass die einem nicht gefallen. Aber jetzt ist nicht die Zeit für kapitalismuskritische Grundsatzdebatten, sondern für effektives Handeln in der Realität.«

DGB-Chefin Yasmin Fahimi verteidigt Boni-Zahlungen trotz Staatshilfen - DER SPIEGEL

Die immense Gefahr, dass **Industriearbeitsplätze verlagert** werden, sehe ich ebenfalls, und zwar **in die USA**, die zum einen **ihr dreckiges LNG-Gas hierzulande viermal so teuer** verkaufen wie im eigenen Land und zum anderen **mit kräftigen Subventionen für Neuansiedlungen locken**. - Ob diese Betriebe sich mit der Erlaubnis halten lassen, dass Boni und Dividenden gezahlt werden dürfen, steht dahin. - Ihr jetziges Votum steht außerdem in Widerspruch dazu, dass Sie noch im Juni dieses Jahres eine Umverteilung gefordert hatten. „Es muss eine Kompensation geben, also eine Anhebung des Spitzensteuersatzes für Millionäreseinkommen, die Einführung einer Vermögensteuer oder in der jetzigen Zeit eben eine Übergewinnsteuer,“ sagte Fahimi dem Handelsblatt.

Im Zentrum des DGB-Steuerkonzeptes steht daher eine Reform der Lohn- und Einkommensteuer, um die Steuerzahler*innen angemessen und nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zu beteiligen. Nach den Plänen des DGB müssten 95 Prozent der Steuerpflichtigen dann weniger zahlen und nur Spitzenverdiener*innen mehr.“

Umverteilung statt Tricksereien | DGB

Steht **Ihr Sinneswandel** in Zusammenhang damit, dass Sie seit Oktober 2022 **Mitglied des Aufsichtsrates der Bayer AG** sind und dadurch neben dem Ersatz Ihrer Aufwendungen Anspruch haben auf eine jährliche feste Vergütung von 160 T €? (s. Vergütung | Bayer global) Zusätzlich zu Ihrem Gehalt als DGB-Vorsitzende in Höhe von 10.000 € p. M. lässt sich's damit trefflich auskommen und möglicherweise auch schon mal vergessen, wessen Interessen zu vertreten Sie im Mai dieses Jahres als DGB-Vorsitzende

angetreten sind.

Die arbeitende Bevölkerung darf nach den „normalen Mechanismen der Marktwirtschaft“ über ihre Steuern nicht nur für das 100-Milliarden-Euro-Sonderschulden-Paket für die Bundeswehr aufkommen, sondern auch für die neuerlichen Schulden (200 Milliarden Doppelwumms) für die Energiepreisbremse, die Unternehmen nochmal besonders begünstigen.

Gar nicht mehr erwähnt wird in dem Zusammenhang, **was** denn die jetzige **Energiekrise ausgelöst** hatte, nämlich der Krieg in der Ukraine. Der **DGB** hatte umgehend für den 27.02.2022 „mit einem breiten Bündnis“ für eine Friedenskundgebung aufgerufen. In einer **Resolution vom 02.03.22** machte auch der **DGB** für diesen Krieg **ausschließlich Russland verantwortlich und befürwortete die scharfen wirtschaftlichen Sanktionen**, „die von der Bundesregierung, der Europäischen Union und den westlichen Bündnispartnern gegen Russland verhängt worden sind“. (Krieg sofort beenden! Waffenstillstand jetzt! | DGB)

Aussagen der Resolution verharren z. T. im Sowohl-als-auch-Modus: Zustimmung zur schnellen verteidigungspolitischen Reaktion der Bundesregierung, aber „Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation und in die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates müssen sichergestellt bleiben“. Militärische Friedenssicherung (sic!) Ja, aber nicht zulasten des sozialen Friedens. Dabei müsste doch gerade für Gewerkschafter klar sein, dass Geld immer nur einmal ausgegeben werden kann.

Inzwischen wurden die **Nordstream-Pipelines** weitgehend **zerstört** und eine weitere Belieferung mit preiswertem russischem Gas und Öl – bis dahin die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes! - nahezu unmöglich gemacht. - Und? Strenge die Bundesregierung etwa eine gründliche Untersuchung dieses Vorfalles an? NEIN! Im Gegenteil. Nachfragen wurden zurückgewiesen aus Gründen des „Staatswohls“. (s. u. a. 18.10.2022: Das stinkt zum Himmel (Tageszeitung junge Welt)
Davon, dass der **DGB** diesbezüglich einmal **nachgehakt** hätte, ist mir nichts bekannt.

Gab es einen lauten Aufschrei, nachdem Ex-Kanzlerin Merkel in einem ZEIT-Interview am 07.12.2022 **eingestanden hatte**, „**dass das Minsk-Abkommen dazu diene, Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen**. „Es war uns allen klar, dass das ein eingefrorener Konflikt war, dass das Problem nicht gelöst war, aber genau das hat der Ukraine wertvolle Zeit gegeben,“ sagte Merkel der Zeit. (s. Merkel: Minsk-Abkommen diene dazu, Zeit für die Aufrüstung der Ukraine zu gewinnen - World Socialist Web Site wsws.org; „Absolut unerwartet“: Putin enttäuscht von Merkels Ukraine-Äußerungen (rnd.de) u. a. – Ich habe nichts davon mitbekommen.

Seltsam! **Belegt doch gerade dieses Interview, dass es insbesondere den USA und der NATO** - entgegen allen anders lautenden Äußerungen und gegen den alles andere überdeckenden Narrativ der transatlantisch ausgerichteten Politik und Medien - **von Anfang an NICHT um Frieden ging, sondern darum, die zuvor guten Beziehungen zwischen Russland und Europa zu zerstören**. DAFÜR wurde die Ukraine seit 2014 aufgerüstet und propagandistisch in Form gebracht. DAFÜR sind in der Ostukraine seit 2014 mehr als 13.000 Menschen zu Tode gekommen. DAFÜR wurde Russland solange provoziert, bis es mit seiner Spezialoperation reagierte. DAFÜR befinden wir uns jetzt auf Messers Schneide in einem neuen Ost-West-Konflikt, der jeden Moment zum atomaren Schlagabtausch und damit zum AUS für uns alle ausarten kann. DAS Spiel wurde von der deutschen Regierung und Opposition, von wenigen Ausnahmen abgesehen, wie auch von

der EU mitgespielt, und zwar GEGEN die Interessen des eigenen Landes. DARAUF beharren Regierung, Opposition, EU und NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg weiterhin, während Bundeskanzler Scholz den Zusammenhalt der Bevölkerung beschwört.

Jenseits dieser Blase werden die Karten neu gemischt. **Nur um den Preis der eigenen Vernichtung wird es dem kollektiven Westen gelingen, den wirtschaftlichen Abstieg des Westens einerseits und den Aufstieg Chinas/Russlands und der mit ihnen verbündeten Ländern zu verhindern.** Über kurz oder lang wird die Musik anderswo gespielt, während die Menschen hierzulande am Daumen lutschen werden.

Gleichzeitig beschleunigen Krieg und Aufrüstung den KLIMAWANDEL, der NEBEN DER BEDROHUNG DURCH EINEN NUKLEARKRIEG DIE GRÖSSTE BEDROHUNG FÜR DIE GESAMTE MENSCHHEIT DARSTELLT.

Hat nicht auch der DGB sich wiederholt für einen ambitionierten Klimaschutz und einen gerechten Übergang ausgesprochen?

Aufrüstung und Krieg stehen für eine monströse Verschwendung von Finanzmitteln wie auch von Energie. Sie bringen nichts außer Zerstörung, Tod, verbrannte und vergiftete Erde.

Sehr geehrte Frau Fahimi,
meinen Sie immer noch, diese verheerende Politik verteidigen zu sollen, oder kommen Sie nicht auch zu dem Schluss, dass nun **ENDLICH WIDERSTAND ANGESAGT** und klar zu fordern ist: **SCHLUSS MIT DEM KRIEG! SCHLUSS MIT DER AUFRÜSTUNG!** Es geht übrigens auch ohne Militär, wie das Beispiel Costa Ricas zeigt. Was für Einsparpotentiale würden sich auf die Art nicht auch hierzulande eröffnen?

Im Gegensatz zu Ihnen meine ich außerdem: **WANN, WENN NICHT JETZT IST ES ZEIT FÜR GRUNDSÄTZLICHE KAPITALISMUSKRITISCHE DEBATTEN?**

Ein Wirtschaftssystem, in dem der PROFIT DAS MASS ALLER DINGE ist, braucht den Krieg zur Sicherung von Rohstoffen und Absatzmärkten. Das gilt insbesondere für Deutschland als rohstoffarmes Land.

Es ist unvereinbar mit einem Konzept, das darauf abzielt, dass die elementaren Bedürfnisse aller Menschen weltweit zu erfüllen sind und der Klimawandel zumindest noch abgemildert werden soll.

In meinen Augen ist dies das einzige, was – wenn überhaupt – noch eine Zukunft verspricht.

Leider habe ich kein Rezept, wie wir dahin kommen könnten.

Aber erste Schritte in diese Richtung könnten sein:

- Alles, was zur Daseinsvorsorge gehört, wird der Profitmacherei **p r i n z i p e l l e n t z o g e n**: Gesundheitswesen, Bildung, Wohnen, Mobilität, gesunde Lebensmittel, Wasser....
- rigoroses Zurückfahren des Individualverkehrs zugunsten des Öffentlichen Verkehrs, der bezahlbar sein muss.
- Energie muss eingespart werden. Statt riesiger, Energie verschlingender

Maschinenparks müsste womöglich wieder mehr menschliche Arbeit eingesetzt werden. Unter dem Aspekt ist m. E. auch der so energisch vorangetriebene Digitalisierungsprozess noch einmal gründlich zu überdenken.

- Die unsägliche Vergeudung von Lebensmitteln wie auch von Bodenschätzen muss beendet werden.
- Es muss Schluss gemacht werden mit dem Dominanzstreben, der Abwertung von Menschen, Bevölkerungsgruppen und ganzen Bevölkerungen.
- An die Stelle von Konkurrenz muss Kooperation treten.
- Gerechtigkeit im globalen Maßstab bedeutet wahrscheinlich auch, dass das materielle Wohlstandsniveau in den bislang reichen Ländern sinken wird, wobei anzumerken ist, dass deren Reichtum ausschließlich auf brutalem Raub beruht.

Ich bin überzeugt davon, dass es bereits viele gute Ideen gibt. Warum lassen wir zu, dass das Leben und die Arbeit immer unmenschlicher werden, wenn es doch Alternativen gibt?

Der DGB könnte zu einem Ort werden, an dem solche Ideen gesammelt und zukunftsfähige Konzepte wie auch die entsprechenden Kämpfe vorangetrieben und unterstützt sowie Alternativen umgesetzt werden. Auf die Art ließen sich womöglich auch Gewerkschaftsmitglieder aus Passivität herauslocken.

Natürlich müssten sich auch die Gewerkschaften selbst verändern, d. h. sich u. a. auch dessen bewusst werden, dass sie selbst lediglich eine Funktion des kapitalistischen Systems sind, ursprünglich gegründet, um die schlimmsten Auswüchse von Ausbeutung zumindest zu begrenzen. In einem nicht-kapitalistischen Wirtschaftssystem werden sie womöglich überflüssig.

Aktuell allerdings werden sie gebraucht, und zwar couragierte Gewerkschaften, d. h. solche, die bereit sind, falls erforderlich, auch den gesetzlichen Rahmen zu überschreiten, z. B. für politische Streiks. Die Notwendigkeit könnte sich sehr schnell ergeben, fordert Finanzminister Lindner doch bereits eine „Zeitenwende in der Wirtschaftspolitik“ mit entsprechenden Maßnahmen. Von Friedrich Merz haben Menschen, die nichts anderes zu verkaufen haben als ihre Arbeitskraft, ebenso wenig Gutes zu erwarten, von der AfD ganz zu schweigen.

Mir scheint, die Zeit, in der Gewerkschaften im Verbund mit der einen oder anderen politischen Partei vielleicht noch etwas erreichen konnten, ist vorbei, zumal die im Bundestag vertretenen Parteien sich samt und sonders dem bestehenden Wirtschaftssystem verschrieben haben.

Etwas zum Besseren hin bewegen können werden Gewerkschaften nur dann, wenn sie sich davon unabhängig machen.

Mit freundlichen Grüßen
Ursula Mathern